

Anschlussvertrag mit der Liberty BVG Sammelstiftung (Selbständigerwerbende ohne Arbeitnehmer / Berufsverbandsvorsorge)

Art des Anschlusses	<input type="checkbox"/> Neuanschluss (mit Liberty Pool Invest)	<input type="checkbox"/> Erneuerung/Ausbau bzw. Umstellung (auf Pool Invest)	
	<input type="checkbox"/> Mitglied im Berufsverband (Name)	Mitglied-Nr.	
	<input type="checkbox"/> Berufsverband-Vorsorgewerk Medizin <input type="checkbox"/> Berufsverband-Vorsorgewerk Recht <input type="checkbox"/> Berufsverband-Vorsorgewerk Finanz	<input type="checkbox"/> Berufsverband-Vorsorgewerk Baufachleute <input type="checkbox"/> Berufsverband-Vorsorgewerk Unternehmensberater	
	Selbständigerwerbend als (Beschrieb Tätigkeitsbereich)	Arbeitspensum (in Prozenten)	
	Vertrags-Nr.	Vertragsbeginn	
	Vertragsdauer <input type="checkbox"/> 3 Jahre <input type="checkbox"/> 5 Jahre per 31.12.		
Vertragspartner	Liberty BVG Sammelstiftung, Steinbislin 19, Postfach 733, Schwyz (Stiftung) und Selbständigerwerbender (ohne Arbeitnehmer), bei gleichzeitig im Handelsregister eingetragener Firma (ohne Arbeitnehmer) gemäss Handelsregistereintrag:		
	Name/Vorname	Firma	
	Privatadresse: Strasse, Nr.	Geschäftsadresse (Firma): Strasse, Nr.	
	Privatadresse: PLZ, Ort	Geschäftsadresse (Firma): PLZ, Ort	
	Geburtsdatum	Sprache <input type="checkbox"/> D <input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> I <input type="checkbox"/> E	
	E-Mail	Telefon	
Vertriebspartner	Name (Kopie Maklermandat beilegen)	Kontaktperson	Berater-Nr.
	<hr/>		
Versand-instruktionen	Vertragspartner (wie oben) <input type="checkbox"/> Privat <input type="checkbox"/> Geschäft <input type="checkbox"/> Vertriebspartner		
	<input type="checkbox"/> abweichende Korrespondenzadresse:		
	Name	Funktion (z.B. Treuhänder)	
	Strasse, Nr.	PLZ, Ort	
	Zuständige Person	Sprache <input type="checkbox"/> D <input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> I <input type="checkbox"/> E	
	E-Mail	Telefon	
Angaben zur Firma <small>(bei Einzelunternehmen, Kollektivgesellschaft, Kommanditgesellschaft)</small>	Rechtsform	Handelsregisternummer	
	Branche		
	AHV-Ausgleichskasse/Name	Nr.	
	Neugründung	<input type="checkbox"/> Ja, per <input type="checkbox"/> Nein	

Vorversicherer	Bisherige Vorsorgeeinrichtung	Vertragsnummer
	Strasse, Nr.	PLZ, Ort
	<input type="checkbox"/> Selbständigerwerbender bzw. Firma (Einzelunternehmen, Kollektivgesellschaft, Kommanditgesellschaft) hatte bis anhin keine BVG-pflichtigen Arbeitnehmer beschäftigt bzw. beschäftigt ab Vertragsbeginn keine BVG-pflichtigen Arbeitnehmer.	
Zahlungsfähigkeit	Wurde in den letzten 3 Jahren eine Betreibung gegen den Vertragspartner eingeleitet?	
	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein wenn ja, aktuellen Betreibungsregistrauszug beilegen	
	Ist ein Konkurs- oder Pfändungsbegehren hängig?	
	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Kranken-Taggeld	Private Krankentaggeldversicherung vorhanden	
	<input type="checkbox"/> Ja bei: <input type="checkbox"/> Nein wenn ja, bitte eine Kopie der Police beilegen	
	Leistungsdauer für Taggeld	
	<input type="checkbox"/> 360 Tage <input type="checkbox"/> 720 Tage <input type="checkbox"/> _____ Tage	
	Vorbestandene Krankheiten sind ohne Einschränkungen versichert	
	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Unfallversicherung gemäss UVG/UVG-Zusatzversicherung	Unfallversicherung gemäss UVG vorhanden	
	<input type="checkbox"/> Ja bei: <input type="checkbox"/> Nein wenn ja, bitte eine Kopie der Police beilegen	
	UVG-Zusatzversicherung	
	<input type="checkbox"/> Ja bei: <input type="checkbox"/> Nein wenn ja, bitte eine Kopie der Police beilegen	

Vertragsbestimmungen

1. Anschluss an die Stiftung

- 1.1 Zum Zwecke der Durchführung der freiwilligen beruflichen Vorsorge schliesst sich der Selbständigerwerbende der Stiftung an. Die Stiftung ist als Sammelstiftung organisiert und als solche im Register für berufliche Vorsorge eingetragen. Der angeschlossene Selbständigerwerbende ist Mitglied eines Berufsverbandes, der die Stiftung als Verbandsvorsorgeeinrichtung bestimmt hat. Das Vorsorgewerk dieses Berufsverbandes bildet innerhalb der Stiftung ein separates Vorsorgewerk.
- 1.2 Rechte und Pflichten der Stiftung und des Selbständigerwerbenden ergeben sich aus den nachfolgenden Bestimmungen, der Stiftungsurkunde und sämtlichen Reglementen der Stiftung, insbesondere dem Vorsorgereglement, dem Organisationsreglement, dem Kostenreglement, dem Anlagereglement, den reglementarischen Bestimmungen zu Teilliquidation der Stiftung bzw. des Anlagepools und zu Teil- und Gesamtliquidation von Vorsorgewerken. Die Stiftungsurkunde und die genannten Reglemente sind verbindliche Rechtsgrundlagen.
- 1.3 Die Stiftung kann weitere Reglemente erlassen und sie ebenfalls zu verbindlichen Rechtsgrundlagen des vorliegenden Anschlussvertrages erklären. Der Stiftungsrat behält sich Anpassungen der Reglemente vor, insbesondere des Kostenreglements und der darin festgehaltenen Kostenbeteiligung durch den Selbständigerwerbenden. Vorbehalten bleiben auch zukünftige Anpassungen des Anschlussvertrages und der Reglemente aufgrund von Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen, neuen Gerichtsurteilen sowie Auflagen von Aufsichts- und Steuerbehörden.

2. Durchführung der Vorsorge

- 2.1 Die Stiftung verpflichtet sich, für den Selbständigerwerbenden die freiwillige berufliche Vorsorge gemäss BVG durchzuführen.
- 2.2 Die Geschäftsführung der Stiftung erfolgt durch die Liberty Vorsorge AG in Schwyz. Die Liberty Vorsorge AG vertritt die Stiftung als Geschäftsführerin. Mitteilungen an die Liberty Vorsorge AG gelten auch als Mitteilungen an die Stiftung. Mitteilungen seitens der Liberty Vorsorge AG gelten auch als Mitteilungen der Stiftung.
- 2.3 Der Stiftungsrat behält sich vor, für die Risiken Tod und Invalidität Kollektiv-Versicherungsverträge mit anderen konzessionierten Lebensversicherungs-Gesellschaften abzuschliessen. Das Langleberisiko und das Mortalitätsrisiko trägt die Stiftung selbst. Eine Neuregelung der Rückversicherung hat keinen Einfluss auf die Gültigkeit des vorliegenden Anschlussvertrages.

3. Paritätische Verwaltung/Vorsorgekommission

Der Berufsverband veranlasst die Bildung der Vorsorgekommission gemäss Organisationsreglement, wobei die angeschlossenen Selbständigerwerbenden Anspruch auf eine Vertretung in der Vorsorgekommission haben. Neu- und Wiederernennungen sind der Stiftung unverzüglich zu melden. Die Tätigkeit der Vorsorgekommission richtet sich nach dem Organisationsreglement.

4. Mitwirkungspflichten

- 4.1 Der angeschlossene Selbständigerwerbende meldet der Stiftung sich zur Aufnahme in die Vorsorge und sämtliche Mutationen (Änderungen im Arbeitspensum und/oder im Tätigkeitsbereich, Lohnsenkungen unter die reglementarische Aufnahmelimiten, Zivilstandsänderungen, Eintritt von Arbeitsunfähigkeit und deren Änderungen, Änderungen/Aufgabe der selbständigen Erwerbstätigkeit, Austritt aus dem Berufsverband, etc.). Per Jahresbeginn ist der Stiftung jeweils der voraussichtliche AHV-betragspflichtige Jahreslohn bekannt zu geben. Für sämtliche Mutationsmeldungen sind die von der Stiftung zur Verfügung gestellten Formulare zu verwenden.
- 4.2 Der Selbständigerwerbende meldet der Stiftung den Austritt aus dem Berufsverband oder die Aufgabe der selbständigen Erwerbstätigkeit unverzüglich.

5. Beitragszahlung / Fälligkeit

- 5.1 Der Selbständigerwerbende verpflichtet sich, die gesamten von der Stiftung in Rechnung gestellten ordentlichen Beiträge und Beiträge für besondere Aufwendungen gemäss Vorsorgereglement, Vorsorgeplan und Kostenreglement zu bezahlen. Beitragsanpassungen insbesondere aufgrund von Tarifänderungen oder Änderungen der versicherungstechnischen Rechnungsgrundlagen sind vorbehalten.
- 5.2 Die ordentlichen Beiträge des Selbständigerwerbenden sind jeweils wie folgt fällig und zahlbar:
- Beiträge für die Risikoleistungen, für deren Anpassung an die Preisentwicklung und die Kostenbeiträge sowie allfällige von der Stiftung erhobene Beiträge für die Bildung von technischen Rückstellungen zu Beginn des Versicherungsjahres (1. Januar), zahlbar innert 30 Tagen ab Rechnungsstellung.
 - Bei unterjährig durchgeführten Mutationen (z. B. Lohnänderungen) sind die genannten ordentlichen Beiträge innert 30 Tagen ab Wirkungsdatum der Mutation zahlbar.
 - Sparbeiträge (Altersgutschriften) per Jahresende (31. Dezember), zahlbar per 31. Dezember.
- 5.3 Im Übrigen gelten die Fälligkeitstermine gemäss Kostenreglement. Der Selbständigerwerbende verpflichtet sich, die Beiträge fristgerecht zu bezahlen. Die Stiftung ist berechtigt, dem Selbständigerwerbenden im Hinblick auf das neue Versicherungsjahr einen Akontobeitrag in Rechnung zu stellen.
- 5.4 Auf Zahlungen vor dem Fälligkeitstermin erfolgt eine Zinsgutschrift, auf verspäteten Zahlungen ohne Mahnung eine Zinsbelastung. Die Stiftung ist berechtigt, marktkonforme Aktiv- und Passivzinssätze festzulegen, wobei Nullverzinsungen nicht ausgeschlossen sind. Der aktuelle Zins wird dem Selbständigerwerbenden beim Anschluss an die Stiftung mitgeteilt. Die Zinssätze können jederzeit neuen Gegebenheiten angepasst werden.
- 5.5 Die in Rechnung gestellten Beiträge werden dem Beitragskonto belastet. Zahlungen und Gutschriften werden valutagerecht gutgeschrieben und vorab zur Deckung der Beiträge für die Risikoversicherung und Kosten verwendet.
- 5.6 Ein am Ende eines Kalenderjahres bestehender Saldo zu Gunsten der Stiftung inklusive allfällig aufgelaufener Zinsbelastungen wird als Kapitalforderung auf das nächste Kalenderjahr vorgetragen. Ein Saldo zu Gunsten des Selbständigerwerbenden inklusive aufgelaufenem Zinsguthaben wird als Akontozahlung an die Beiträge des Folgejahres gutgeschrieben.
- 5.7 Die Stiftung erstellt auf das Ende eines Kalenderjahres einen Kontoauszug über das Beitragskonto. Dessen Saldo gilt als anerkannt, sofern der Selbständigerwerbende nicht innert einem Monat nach Erhalt des Kontoauszuges schriftlich Widerspruch erhebt.

6. Ausserordentliche Zahlungen des Selbständigerwerbenden

- 6.1 Der Stiftungsrat kann während der Dauer einer festgestellten Unterdeckung der Stiftung Massnahmen zur Behebung derselben ergreifen und nach den Bestimmungen des Vorsorgereglements beschliessen, insbesondere die Erhebung von gesonderten Sanierungsbeiträgen. Die Sanierungsbeiträge werden dem Selbständigerwerbenden als Beitragschuldner innerhalb des Berufsverband-Vorsorgewerks in Rechnung gestellt, wobei diese grundsätzlich innert 30 Tagen zahlbar sind (vorbehältlich eines anderslautenden Stiftungsratsbeschlusses).
- 6.2 Falls die Stiftung laufende Renten übernimmt, werden die dafür benötigten Deckungskapitalien nach dem jeweils gültigen Kollektiv-Lebensversicherungstarif des Rückversicherers bzw. nach den aktuellen Berechnungsgrundlagen der Stiftung berechnet. Eine allfällige Differenz zwischen der vom bisherigen Vorsorgeträger überwiesenen und der vom Rückversicherer berechneten Schadenreserve (Deckungskapital) ist vom Selbständigerwerbenden mit Einmaleinlage zu finanzieren.
- 6.3 Diese Kosten (ausserordentliche Zahlungen) werden dem Selbständigerwerbenden in Rechnung gestellt und dem Beitragskonto belastet.
- 6.4 Vorbehalten bleiben weitere ausserordentliche Zahlungen des Selbständigerwerbenden aufgrund des Kostenreglements und allfälliger weiterer Reglemente.

7. Zahlungsverzug

- 7.1 Für ausstehende Beiträge und Forderungen gemäss vorstehenden Bestimmungen dieses Vertrages, welche trotz Mahnung nicht beglichen werden, behält sich die Stiftung vor, diese samt Zinsen und Kosten gerichtlich einzufordern und mit sofortiger Wirkung den Vertrag zu kündigen. Ausserdem behält sich die Stiftung vor, die zuständige Behörde und die Mitglieder der Vorsorgekommission zu informieren.
- 7.2 Ausstehende Forderungen des Selbständigerwerbenden (Beiträge, etc.) können eine Reduktion oder eine Suspendierung der Leistungen der Stiftung zur Folge haben, soweit dies nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ausgeschlossen ist.
- 7.3 Die Stiftung trägt keine Verantwortung für die steuerliche Abzugsfähigkeit von Beiträgen

8. Vorsorgeleistungen

- 8.1 Bezüglich Anspruchsberechtigung und Fälligkeit der Leistungen ist ausschliesslich das gültige Vorsorgereglement bzw. der gültige Vorsorgeplan massgebend. Vorbehalten bleibt ein allfälliger schriftlicher Übernahmevertrag mit der bisherigen Vorsorgeeinrichtung.
- 8.2 Bestehen in einem Vorsorgefall Deckungslücken infolge vertragswidrigem Verhalten des Selbständigerwerbenden, namentlich infolge Verletzung der Mitwirkungspflichten oder infolge Zahlungsausständen, so haftet der Selbständigerwerbende der Stiftung vollumfänglich für die von ihr zu erbringenden reglementarischen Leistungen.

9. Provisorischer Vorsorgeschutz

- 9.1 Die Stiftung oder der jeweilige Rückversicherer orientiert den Versicherten, falls bestimmte Leistungen nur provisorisch versichert werden können und verlangt von ihm ergänzende Angaben über seine gesundheitlichen Verhältnisse. Bei Bedarf kann ferner Auskunft bei einem Arzt eingeholt oder eine ärztliche Untersuchung verlangt werden.
- 9.2 Auf Grund der eingebrachten Unterlagen kann für die Risiken Tod und Invalidität ein Vorbehalt aus gesundheitlichen Gründen angebracht werden. Die Dauer des Vorbehaltes beträgt maximal 3 Jahre. Dieser Vorbehalt ist jedoch unzulässig, wenn der Selbständigerwerbende mindestens sechs Monate obligatorisch versichert war und sich innert Jahresfrist freiwillig versichert. Ein bei der früheren Vorsorgeeinrichtung bestehender Vorbehalt kann aufrecht erhalten werden, wobei die bereits abgelaufene Vorbehaltsdauer angerechnet wird.
- 9.3 Die Stiftung oder der Rückversicherer teilt dem Versicherten schriftlich mit, ob der Vorsorgeschutz normal oder mit einem Vorbehalt (Einschränkung) gewährt wird. Mit dieser Mitteilung ist der Vorsorgeschutz definitiv.
- 9.4 Tritt während des provisorischen Vorsorgeschutzes ein Vorsorgefall ein, so werden:
 - die Leistungen, die mit der eingebrachten Freizügigkeitsleistung erworben wurden und bei der früheren Vorsorgeeinrichtung mit Vorbehalt versichert waren, unter Berücksichtigung dieses Vorbehaltes erbracht.
 - die übrigen provisorisch versicherten Leistungen nicht erbracht, wenn der Vorsorgefall auf eine Ursache (Unfall, Krankheit, Gebrechen) zurückzuführen ist, die schon vor Beginn des provisorischen Vorsorgeschutzes bestanden hat. Der Vorsorgeschutz beschränkt sich diesfalls definitiv und für die gesamte Dauer auf die Minimalleistungen gemäss BVG, soweit sich der Selbständigerwerbende freiwillig der obligatorischen beruflichen Vorsorge unterstellt hat.
- 9.5 Die Abwicklung bereits eingetretener Vorsorgefälle (z. B. Teilinvalidität) richtet sich nach den im Zeitpunkt ihres Eintritts massgebenden vertraglichen resp. reglementarischen Bestimmungen.

10. Bestätigung des Selbständigerwerbenden

Der Selbständigerwerbende bestätigt der Stiftung die Richtigkeit der im Rahmen dieses Anschlusses gemachten Angaben. Er bestätigt, dass er den Inhalt der folgenden Dokumente:

- Vorsorgereglement
- Organisationsreglement
- Kostenreglement
- Anlagereglement
- Reglementarische Bestimmungen zu Teilliquidation der Stiftung bzw. des Anlagepools und zu Teil- und Gesamtliquidation von Vorsorgewerken sowie
- Vorsorgeplan

zur Kenntnis genommen hat, da diese in ihrer jeweils aktuellen Fassung integrierende Bestandteile des Anschlussvertrages bilden, und dass er mit diesen vollumfänglich einverstanden ist. Der Selbständigerwerbende anerkennt die erwähnten aktuellen Rechtsgrundlagen sowie allfällige spätere Änderungen derselben. Die erwähnten Dokumente werden nur auf entsprechendes Verlangen in Papierform ausgehändigt, sind jedoch jederzeit auf www.liberty-vorsorge.ch einsehbar.

11. Inkrafttreten/Dauer des Anschlussvertrages

- 11.1 Dieser Anschlussvertrag tritt mit der Gegenzeichnung durch die Stiftung auf den 1. _____ in Kraft und ersetzt allfällig frühere getroffene Vereinbarungen. Der Anschlussvertrag hat eine feste Laufzeit von 3 Jahren 5 Jahren und ist erstmals auf den 31. Dezember _____ kündbar. Wird er nicht spätestens 6 Monate vor Ablauf der Vertragsdauer von einer Vertragspartei mit eingeschriebenem Brief gekündigt (massgebend ist das Datum des Eingangs bei der anderen Vertragspartei bzw. beim Empfänger), verlängert er sich mit derselben Kündigungsfrist um jeweils ein weiteres Jahr. Die Kündigung durch die Stiftung bei Zahlungsverzug des Selbständigerwerbenden bleibt vorbehalten.

Vorbehalten bleibt ferner eine Kündigung, falls der Berufsverband die Stiftung nicht mehr als Verbandsvorsorgeeinrichtung bestimmt hat bzw. die entsprechende Verbandsvereinbarung mit der Stiftung gekündigt wird. Ein Widerruf der Erklärung des Berufsverbands bzw. eine Kündigung der Verbandsvereinbarung wird wie eine Kündigung durch den Selbständigerwerbenden behandelt und führt zur Aufhebung des entsprechenden Berufsverbands-Vorsorgewerkes.

- 11.2 Eine Kündigung seitens des Selbständigerwerbenden ist nur gültig, wenn der Stiftung gleichzeitig eine schriftliche Bestätigung vorliegt, welche die Übernahme der Rentenbezüger zu denselben Bedingungen garantiert.
- 11.3 Mit Eröffnung des Konkurses über den Selbständigerwerbenden erlischt auf diesen Zeitpunkt hin der Anschlussvertrag.

12. Auflösung

- 12.1 Die Wirkungen der Auflösung des Anschlussvertrages erstrecken sich auf den Selbständigerwerbenden als Versicherten, unter Vorbehalt der Bestimmung von Ziffer 13.6, und
- bei Auflösung durch den Selbständigerwerbenden nach Ziffer 13.4 auf alle Rentenbezüger;
 - bei Auflösung durch die Stiftung nach Ziffer 13.5 auf jene Rentenbezüger, die von der neuen Vorsorgeeinrichtung übernommen werden, spätestens auf den Zeitpunkt der Übernahme durch die neue Vorsorgeeinrichtung.
- 12.2 Die Aufhebung des Anschlussvertrages kann zur Anwendung der reglementarischen Bestimmungen zu Teil- und Gesamtliquidation von Vorsorgewerken und zu Teilliquidation der Stiftung bzw. des Anlagepools führen.
- 12.3 Soweit die Voraussetzungen einer Teil- oder Gesamtliquidation des Vorsorgewerks bzw. einer Teilliquidation der Stiftung bzw. des Anlagepools nicht erfüllt sind, besteht kein Anspruch auf Übertragung eines Anteils der Rückstellungen (z.B. Wertschwankungsreserven, Reserven für Finanzierung des BVG-Umwandlungssatzes) und allfälliger freier Mittel der Stiftung.

13. Aufhebung des Vorsorgewerkes/Liquidation der Stiftung

- 13.1 Im Falle der Aufhebung des Vorsorgewerkes und bei Liquidation der Stiftung gelten die reglementarischen Bestimmungen zu Teil- und Gesamtliquidation von Vorsorgewerken und zu Teilliquidation der Stiftung bzw. des Anlagepools.
- 13.2 Sind die Voraussetzungen einer Teil- oder Gesamtliquidation des Vorsorgewerkes nicht erfüllt und erfolgt die Aufhebung des Vorsorgewerkes somit nicht im Rahmen eines Teilliquidationsverfahrens, wird das zweckgebundene Vermögen in erster Linie zur Sicherstellung der gesetzlichen und reglementarischen Ansprüche der Versicherten verwendet. Ein nach Tilgung allfälliger weiterer Verpflichtungen verbleibender Saldo wird den Destinatären in der vom Gesetz zugelassenen Form zugewiesen. Der Rückerstattungswert und die Kontoguthaben, die nicht fristgerecht überwiesen werden können, werden so weiter verzinst, wie wenn der Vertrag weitergeführt worden wäre, jedoch höchstens zum Mindestzins gemäss BVG. Es ist kein Verzugszins geschuldet.
- 13.3 Das Vermögen des Vorsorgewerkes wird nach Aufhebung des Anschlussvertrages an die neue Vorsorgeeinrichtung überwiesen oder analog den reglementarischen Freizügigkeitsbestimmungen verwendet.
- 13.4 Bei Auflösung des Anschlussvertrages infolge Kündigung **durch den Selbständigerwerbenden** werden die Rentenbezüger (Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten) resp. die Deckungskapitalien für sämtliche laufenden Renten auf die neue Vorsorgeeinrichtung übertragen. Bei vor Auflösung des Anschlussvertrages eingetretenen Arbeitsunfähigkeiten, die später zu einer Invalidität führen, wird nach Ziffer 13.6 verfahren. Die Kündigung des Selbständigerwerbenden ist nur unter Vorlage einer schriftlichen Bestätigung einer neuen Vorsorgeeinrichtung wirksam, wonach diese die Rentenbezüger zu den gleichen Bedingungen übernimmt. Der Selbständigerwerbende (allenfalls unter Mitwirkung des Berufsverbandes) zeichnet mitverantwortlich für eine ordnungsgemässe Überführung dieser Leistungsbezüger und deren Vorsorgeleistungsansprüche auf die neue Vorsorgeeinrichtung. Die Abgabe der Deckungskapitalien von während der Vertragslaufzeit entstandenen Renten erfolgt zu den jeweils aktuellen Bewertungsgrundlagen gemäss Jahresrechnung der Stiftung. Demgegenüber werden die Deckungskapitalien der von der vorangehenden Vorsorgeeinrichtung übernommenen Rentner mit denselben Berechnungsgrundlagen der Stiftung und demselben technischen Zinssatz der Stiftung wie im Zeitpunkt der Übernahme abgegeben.
- 13.5 Bei Auflösung des Anschlussvertrages **durch die Stiftung** haben sich die Stiftung und die neue Vorsorgeeinrichtung über den Verbleib der Rentner oder den Wechsel zur neuen Vorsorgeeinrichtung zu einigen. Kommt keine Einigung zustande, verbleiben die Rentenbezüger bei der Stiftung.

- 13.6 Für den arbeitsunfähigen Versicherten mit laufendem (oder absehbarem) Anspruch auf Beitragsbefreiung, bei dem im Zeitpunkt der Vertragsauflösung die längste Wartezeit aller Invaliditätsleistungen noch nicht abgelaufen ist oder der Stiftung noch nicht alle notwendigen Angaben vorliegen, um den Anspruch auf eine Invalidenrente feststellen oder ablehnen zu können, bleibt der Anschlussvertrag bestehen.

Dieses Vorsorgeverhältnis wird erst im Zeitpunkt der Wiedererlangung der vollständigen Arbeitsfähigkeit oder im Zeitpunkt, in welchem die längste Wartezeit aller Invaliditätsleistungen abgelaufen ist und der Stiftung alle notwendigen Angaben vorliegen, um den Anspruch auf eine Invalidenrente feststellen zu können, aufgelöst und an die neue Vorsorgeeinrichtung übertragen.

14. Anwendbares Recht und Gerichtsstand

Alle Rechtsbeziehungen unterstehen dem schweizerischen Recht. Erfüllungsort ist der Ort, an dem die Stiftung ihren Sitz hat. Der Gerichtsstand richtet sich nach Art. 73 BVG.

Unterschriften

Ort, Datum

Unterschrift des Selbständigerwerbenden/ bei Firma: Firmenstempel

Die Liberty BVG Sammelstiftung erklärt sich mit dem beantragten Anschluss einverstanden:

Ort, Datum

Unterschrift der Stiftung

Beilagen

- Anmeldung der Vorsorgenehmer
- Handelsregisterauszug (falls eingetragen)
- Kopie der Krankentaggeldpolice, UVG-Police, UVG-Zusatzversicherungs-Police
- Kopie Maklermandat

Anmeldung bei der Liberty BVG Sammelstiftung

Arbeitgeber	Vertrags-Nr.	Name	PLZ/Ort
Vorsorgenehmer	Versicherungsbeginn	Versichertennummer (AHV)	Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w
	Name/Vorname	Strasse, Nr.	PLZ, Ort
	Zivilstand	Heirats-/Scheidungsdatum	Geburtsdatum
	Jahreslohn (inkl. Bonus)	davon Bonus	Beschäftigungsgrad %
			Voll arbeitsfähig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein*
	Versicherungsbeginn	Versichertennummer (AHV)	Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w
	Name/Vorname	Strasse, Nr.	PLZ, Ort
	Zivilstand	Heirats-/Scheidungsdatum	Geburtsdatum
	Jahreslohn (inkl. Bonus)	davon Bonus	Beschäftigungsgrad %
			Voll arbeitsfähig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein*
	Versicherungsbeginn	Versichertennummer (AHV)	Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w
	Name/Vorname	Strasse, Nr.	PLZ, Ort
	Zivilstand	Heirats-/Scheidungsdatum	Geburtsdatum
	Jahreslohn (inkl. Bonus)	davon Bonus	Beschäftigungsgrad %
			Voll arbeitsfähig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein*
	Versicherungsbeginn	Versichertennummer (AHV)	Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w
	Name/Vorname	Strasse, Nr.	PLZ, Ort
	Zivilstand	Heirats-/Scheidungsdatum	Geburtsdatum
	Jahreslohn (inkl. Bonus)	davon Bonus	Beschäftigungsgrad %
			Voll arbeitsfähig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein*

Wir bitten Sie, eine Kopie der Austrittsabrechnung(en) der vorhergehenden Vorsorgeeinrichtung(en) beizulegen.

* Falls Sie diese Frage mit «nein» beantworten und/oder in den letzten 5 Jahren die Arbeit aufgrund einer Krankheit oder eines Unfalles für mehr als 4 Wochen aussetzen mussten, füllen Sie bitte das Formular «Gesundheitserklärung» aus und schicken dieses gleichzeitig mit.

Bemerkungen

Versicherungsschutz

Wir nehmen davon Kenntnis, dass der Versicherungsschutz von der Richtigkeit der nebenstehenden Erklärung abhängt und dass die Liberty BVG Sammelstiftung bei unrichtigen Angaben im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen von der Versicherung zurücktreten kann. Insbesondere haben wir die nicht voll erwerbsfähigen Personen mit X gekennzeichnet. Näheres zum Versicherungsschutz siehe nächste Seite.

Unterschrift

Ort, Datum Unterschrift Stiftung/Arbeitgeber

Merkblatt «Erläuterungen zur Anmeldung»

Arbeitsfähigkeit

Als nicht voll erwerbsfähig gelten Vorsorgenehmer, die bei Versicherungsbeginn

- aus gesundheitlichen Gründen ganz oder teilweise der Arbeit fernbleiben muss,
- Taggelder infolge von Krankheit oder Unfall bezieht,
- bei der eidgenössischen Invalidenversicherung angemeldet ist,
- eine Rente wegen vollständiger oder teilweiser Invalidität, Krankheit oder Unfall bezieht,
- aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ihrer Ausbildung und ihren Fähigkeiten entsprechend voll beschäftigt werden können.

Alle übrigen Vorsorgenehmer gelten als voll arbeitsfähig.

Rückfragen des Rückversicherers

Der jeweilige Rückversicherer wird für:

- die nicht voll erwerbsfähigen Vorsorgenehmer gemäss obenstehender Umschreibung sowie
- für Vorsorgenehmer, deren anfänglich oder bei einer Änderung zusätzlich zu versichernde Leistungen bestimmte Grenzen überschreiten ergänzende Auskünfte einholen.

Bei Bedarf kann ferner eine Auskunft bei einem Arzt eingeholt oder eine ärztliche Untersuchung verlangt werden. Die daraus entstehenden Kosten übernimmt die Stiftung oder der Rückversicherer.

Versicherungsschutz

Der Versicherungsschutz ist definitiv und ohne Vorbehalt für diejenigen Vorsorgenehmer, für welche keine «Rückfragen des Rückversicherers» nötig sind.

Für die übrigen Vorsorgenehmer ist der Versicherungsschutz definitiv und ohne Vorbehalt für

- die Mindestleistungen gemäss BVG (sofern versichert),
- die mit einer eingebrachten Freizügigkeitsleistung erworbenen Leistungen, soweit sie bei der früheren Vorsorgeeinrichtung ohne Vorbehalt versichert waren.

Für die übrigen Leistungen ist der Versicherungsschutz vorerst nur provisorisch. Die Liberty BVG Sammelstiftung teilt Ihnen schriftlich mit, ob der Versicherungsschutz normal oder mit einem Vorbehalt (Einschränkung) gewährt werden kann. Mit dieser Mitteilung ist der Versicherungsschutz dann definitiv.

Vorbehalt

Ein allfälliger gesundheitlicher Vorbehalt bei der vorherigen Vorsorgeeinrichtung muss der Liberty BVG Sammelstiftung durch den betroffenen Vorsorgenehmer innerhalb von vier Wochen nach Eintritt schriftlich und mit allen relevanten Unterlagen gemeldet werden.

Wahlprotokoll der Vorsorgekommission

Arbeitgeber	Vertrags-Nr.	Name	PLZ/Ort
	<input type="checkbox"/> Erstwahl <input type="checkbox"/> Ersatzwahl <input type="checkbox"/> Erneuerungswahl		per

Arbeitgeber-Vertreter	Durch den Arbeitgeber sind (ist) als Arbeitgebervertreter bestimmt:		
	Name	Vorname	Unterschrift
<hr/> <hr/> <hr/>			

Arbeitnehmer-Vertreter	Als Arbeitnehmervertreter sind (ist) gewählt:		
	Name	Vorname	Unterschrift
<hr/> <hr/> <hr/>			

Präsident	Die Vorsorgekommission wählte als ihren Präsidenten:		
	Name	Vorname	

Der Präsident ist je für eine Amtsdauer von 3 Jahren abwechslungsweise von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite zu stellen.

Wahl Die Kommissionsmitglieder wurden gemäss den Bestimmungen im Organisationsreglement gewählt.

Bemerkungen

Unterschrift	Ort, Datum	Unterschrift Arbeitgeber
	<hr/> <hr/>	